

Antrag 65/II/2021**KDV Neukölln****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****erledigt bei Annahme 13/II/2021 (Konsens)****Wirecard 2.0 verhindern: Kontrolle von Kapitalgesellschaften in staatliche Hand geben**

1 2020 wurde mit der Insolvenz des Finanzdienstleisters
2 Wirecard AG einer der größten Finanzskandale der letzten
3 Jahre öffentlich. Die Abkürzung AG im Namen steht hier-
4 bei für Aktiengesellschaft. Das heißt, dass das Unterneh-
5 men nicht einer Person gehörte, sondern Unternehmens-
6 anteile an verschiedene Menschen oder Unternehmen in
7 Form von Aktien verkauft wurden. Diese Aktien wurden
8 bei Wirecard am DAX (Deutscher Aktienindex) gehandelt,
9 welcher als der wichtigste deutsche Aktienindex gilt. Akti-
10 en können dort ge- und verkauft werden, die Verkaufswerte
11 spiegeln dabei den Unternehmenswert wider. Damit
12 Anleger*innen, also die Menschen oder Unternehmen, die
13 Geld in Aktien investieren, wissen, wie gut oder schlecht
14 es um ein Unternehmen steht, das an der Börse gehandelt
15 wird, ist dieses verpflichtet ihren Anleger*innen bestimm-
16 te Informationen offenzulegen. Dies ist insbesondere im
17 Rahmen der Jahresabschlussprüfung der Fall. In dieser
18 Prüfung wird kontrolliert, inwiefern sie ihre Buchhaltung
19 korrekt führen und ihren gesetzlichen Pflichten nachkom-
20 men. Auch das Vermögen des Unternehmens wird so of-
21 fen gelegt. Diese Angaben sind unter anderem relevant
22 für Investor*innen, die sich aufgrund der veröffentlichten
23 Zahlen und weiteren Angaben für oder gegen eine Inves-
24 tition entscheiden.

25
26 Der ausschlaggebende Grund der Pleite und des Skandals
27 bei Wirecard war, dass 1,9 Milliarden Euro, die das Unter-
28 nehmen eigentlich haben sollten, nicht existierten. Dies
29 bedeutete, dass Wirecard ungefähr ein Viertel ihres an-
30 geblichen Vermögens, das sie ursprünglich in ihrer Jahres-
31 bilanz angegeben hatten, nicht besaß. Daraufhin verlor
32 die Aktie massiv an Wert, was bedeutet, dass viele Anle-
33 ger*innen Geld verloren. Die mehr als 11.000 Forderungen
34 gegenüber der zahlungsunfähigen Wirecard belaufen sich
35 mittlerweile auf über 12,4 Milliarden Euro.

36
37 Der damalige Vorstandsvorsitzende der Wirecard AG trat
38 daraufhin zurück und sitzt aufgrund des Verdachts auf
39 Vortäuschung von Einnahmen und Marktmanipulation
40 bis heute neben anderen mutmaßlichen Verantwortli-
41 chen in Untersuchungshaft. Der Chief Operating Officer
42 (COO), der für die Betriebsprozesse von Wirecard maß-
43 geblich zuständig war, tauchte ab und wird mit einem
44 internationalen Haftbefehl gesucht. Ebenfalls wurde ein
45 parlamentarischer Untersuchungsausschuss im Bundes-
46 tag eingerichtet, der klären soll, inwiefern staatliche Stel-
47 len über die Vorgänge bei Wirecard informiert waren.

48
49 Allerdings war die Prüfung der Jahresbilanz und der ge-
50 nerellen Buchhaltung der Wirecard im ersten Schritt nicht
51 Aufgabe des Staates. Unternehmen, die Kapitalgesell-
52 schaften sind (also sich aus dem Kapital von mehreren
53 Menschen oder anderen Unternehmen finanzieren, ohne
54 dass diese unmittelbar für das Alltagsgeschäft des Unter-
55 nehmen arbeiten), werden zunächst von privaten Wirt-
56 schaftsprüfer*innen kontrolliert. Wirtschaftsprüfer*in ist
57 ein öffentliches Amt, das heißt, mit diesem gehen beson-
58 dere gesetzlich festgelegte Rechte und Pflichten einher.
59 Diese Wirtschaftsprüfer*innen arbeiten aber nicht für den
60 Staat, sondern für private Unternehmen. Profitorientierte,
61 private Unternehmen übernehmen somit für andere Un-
62 ternehmen eine Rolle, wie sie das Finanzamt für Privatleu-
63 te hat: Sie sind zuständig zu kontrollieren, ob diese Unter-
64 nehmen ihren gesetzlichen Pflichten hinsichtlich ihrer Fi-
65 nanzen nachkommen.

66
67 DAX-Unternehmen, wie Wirecard damals, werden übli-
68 cherweise von den sogenannten "Big Four" kontrolliert,
69 den vier weltweit größten Wirtschaftsprüfungsunterneh-
70 men. 2019 machten nur diese vier Unternehmen weltweit
71 einen Umsatz von ca. 154,79 Milliarden US-Dollar. Hier
72 ist allerdings anzumerken, dass diese Unternehmen nicht
73 nur Wirtschaftsprüfung anbieten, sondern oftmals gleich-
74 zeitig Unternehmensberatungen sind. Diese Beratungen
75 spezialisieren darauf, die Gewinne der Unternehmen zu
76 optimieren und Zahlen - wie den Jahresabschluss - best-
77 möglich für das Unternehmen zu gestalten.

78
79 Trotz ihrer Profitorientierung müssen diese Wirtschafts-
80 prüfungsunternehmen nach dem Gesetz allerdings unab-
81 hängig sein und eine kritische Grundhaltung gegenüber
82 den von ihnen zu prüfenden Unternehmen haben. Da
83 Wirtschaftsprüfungsunternehmen allerdings von den zu
84 prüfenden Unternehmen selbst beauftragt werden, ergibt
85 sich hier ein Interessenkonflikt. Aufgrund ihrer privatwirt-
86 schaftlichen Organisation sind die Wirtschaftsprüfungen
87 abhängig von ihren Auftraggeber*innen, die sie gleich-
88 zeitig kontrollieren sollen. So müssen Wirtschaftsprüfun-
89 gen befürchten, nicht mehr von Unternehmen beauftragt
90 werden, sofern sie diese zu kritisch prüfen. Hinzu kommt,
91 dass die Wirtschaftsprüfer*innen oftmals über eine länge-
92 re Zeit bei dem Unternehmen vor Ort sind, um diese zu
93 prüfen. So kann es ebenfalls zu einer Vermischung der Rol-
94 len kommen, da aus den Kontrolleur*innen so fast schon
95 Kolleg*innen werden können.

96
97 Im Falle von Wirecard war eine der "Big Four" jahrelang
98 mit der wirtschaftlichen Prüfung des Unternehmens be-
99 auftragt. Nachdem Journalist*innen die Bilanz Wirecards
100 aufgrund von nach ihren Recherchen zu hohen Gewinn-

101 angaben bezweifelten, beauftragte Wirecard ein weiteres
102 Wirtschaftsprüfungsunternehmen der "Big Four", um die-
103 se Zweifel auszuräumen. Erst im Zuge dieser Überprüfung
104 viel nach einiger Zeit auf, dass die besagten 1,9 Milliarden
105 nicht existierten. Daraufhin verweigerte die Wirtschafts-
106 prüfung Wirecard den Jahresabschluss zu bestätigen. Im
107 Zuge des Skandals wurden Vermutungen konkreter, dass
108 die erste beauftragte Wirtschaftsprüfung bereits in den
109 Jahren zuvor, zu ungenau prüfte, sodass dieser Milliarden-
110 betrug erst möglich wurde. So fiel der Wirtschaftsprüfung
111 2016 und 2017 beispielsweise nicht auf, dass Unterschrif-
112 ten als Grafiken in ein PDF-Dokument eingefügt wurden,
113 was eine Fälschung nahelegt.

114
115 Diese Vorgänge bei Wirecard machen deutlich, dass die
116 Kontrolle von privaten Unternehmen durch andere pri-
117 vate Unternehmen nicht zielführend ist. Die Einhaltung
118 von Gesetzen zu kontrollieren, muss auch hier Aufgabe
119 des Staates sein. Es gibt bereits Behörden, die mit der
120 Kontrolle der Wirtschaftsprüfer und des Finanzmarktes
121 betraut sind, wie die Bundesanstalt für Finanzdienstleis-
122 tungsaufsicht (BaFin) und die Abschlussprüferaufsichts-
123 stelle (APAS). Die BaFin ist dem Bundesfinanzministerium
124 unterstellt, während die APAS durch das Bundesministe-
125 rium für Wirtschaft und Energie kontrolliert wird. Die Ba-
126 Fin ist unter anderem für die Kontrolle des Wertpapier-
127 handel und damit verbundenen Verbraucher*innenschutz
128 zuständig, während die APAS die Arbeit der Wirtschafts-
129 prüfer*innen kontrollieren soll. Im Zuge der Ermittlun-
130 gen und Recherchen zu Wirecard, insbesondere der Befra-
131 gungen des parlamentarischen Untersuchungsausschus-
132 ses im Bundestag, wurden allerdings aber auch Fehler der
133 BaFin eingeräumt. 2019 verbot diese Leerverkäufe, also
134 das Wetten auf fallende Kurse bei Wirecard. Der dama-
135 lige Chef der BaFin begründet dieses Verbot damit, dass
136 sie staatsanwaltliche Hinweise auf Insiderhandel bekom-
137 men hätten. Allerdings gab es damals bereits kritische Be-
138 richterstattung über das Unternehmen. Daher konnte ein
139 Eindruck entstehen, dass die BaFin Wirecard vor den Aus-
140 wirkungen dieser schützen wollte. Aufgrund dieser und
141 anderer Unzulänglichkeiten, trat die Spitze der BaFin im
142 Zuge des Wirecard-Skandals zurück. Die APAS zeigte 2020
143 die erste Wirtschaftsprüfung, die Wirecard jahrelang un-
144 tersuchte ohne Fehler zu finden, an. Der Chef dieser Wirt-
145 schaftsprüfung trat daraufhin zurück.

146
147 Es wurde klar, dass die Kontrolle von Unternehmen wie
148 Wirecard neu organisiert werden muss. 2021 wurden mit
149 dem "Gesetz zur Stärkung der Finanzmarktintegrität" ei-
150 nige Veränderungen auf den Weg gebracht, wie die zu-
151 künftig verpflichtende unternehmerische Trennung von
152 Wirtschaftsprüfung und Beratung. Allerdings gehen die-
153 se Schritte noch lange nicht weit genug.

154

155 Daher fordern wir:

- 156 • Die Überprüfung der Jahresberichte dieser Unter-
157 nehmen muss strenger durch die APAS kontrolliert
158 werden.
- 159 • Wirtschaftsprüfungen, denen schwerwiegende
160 Fehler, wie im Falle Wirecard unterlaufen sind, muss
161 das Recht entzogen werden, Wirtschaftsprüfungen
162 durchzuführen.
- 163 • Kapitalgesellschaften müssen ihr Wirtschaftsprü-
164 fungsunternehmen jährlich wechseln, um finanziel-
165 le Abhängigkeiten zu minimieren.
- 166 • Ebenso sollte es Wirtschaftsprüfer*innen sowie Mit-
167 arbeiter*innen der Kapitalgesellschaften, die von
168 der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft kontrolliert
169 werden, untersagt werden, unmittelbar nach der
170 Prüfung oder währenddessen zur jeweils anderen
171 Firma zu wechseln.
- 172 • Wirtschaftsprüfungen großer Unternehmen sind
173 grundsätzlich von zwei Unternehmen nach dem
174 Vier-Augen-Prinzip zu prüfen (Joint Audit).
- 175 • Eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die ein Un-
176 ternehmen prüft, darf nicht gleichzeitig Beraterleis-
177 tungen für dieses Unternehmen ausführen. Dies gilt
178 ebenso für Tochterunternehmen oder Dependancen
179 dieser Gesellschaft.

180